



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

R/SPD/72 - 27. März 1981

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 386 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 2

Verstärkte Einsicht

41

Die Änderung des Mietbeihilfengesetzes

Von Dr. Julius Brocht, MdB

2

Adenauer - der grosse deutsche Städtebauer

17

Byzantinismus

3 - 4a

Ostvermarsch

115

Kein Dienst für Frieden und Abrüstung

5 - 5a

Kongress der französischen Linksozialisten

82

Auseinandersetzung um Doktrinen

Von Olivier Marksonoffel

6 - 7

Balkan bleibt im Kreuzfeuer der Interessen

51

Ein Kernproblem künftiger Ost-West-Gespräche

Von Dr. Basil Kethiepodos

7

Athener Zeitung klagt an

20

Rückwirkungen auf die deutsch-griechischen Beziehungen

Verstärkte Einsicht

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Bei den Beratungen über den Lückeplan und das darin enthaltene Gesetz über Mietbeihilfen ist von der SPD eindringlich und mit Sachmaterial darauf hingewiesen worden, dass weitere Mieterhöhungen kommen werden, wenn die bisher gewährten Grundsteuervergünstigungen wegfallen. Am 1. April ist es nun soweit.

Die SPD hat schon damals beantragt, Mietbeihilfen auch für diese Mieterhöhungen, die sich aus dem Wegfall der Grundsteuervergünstigungen ergaben, zu gewähren. Da es anscheinend zum Grundsatz der CDU gehört, alles abzulehnen, was von der SPD kommt, haben der Wohnungsbauminister und die Regierungsparteien damals auch diesen Antrag abgelehnt und den Sachverhalt nicht einmal ausreichend beraten, obwohl er sachlich begründet und aus der Sache fast selbstverständlich war.

Schon nach kurzer Zeit müssen nun auch der Wohnungsbauminister und die Regierungspartei anerkennen und bestätigen, dass die SPD mit ihrem Antrag wieder einmal - wie so oft auf dem Gebiet der Wohnungsvergorgung - recht hatte. Das erst vor einem dreiviertel Jahr verkündete Gesetz muss bereits wieder geändert werden.

Am 1. April beginnen erstmals die zusätzlichen Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau, in Form von Umlagen und Zuschlägen, weil die zehnjährigen Grundsteuervergünstigungen wegfallen. Das wird sich also jetzt jedes Jahr für eine immer grösser werdende Zahl von Wohnungen wiederholen. Am 1. Januar 1962 erfahren ausserdem rund 600 000 bis 700 000 Wohnungen aus der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen eine zusätzliche Mieterhöhung.

Durch das jetzt verabschiedete Änderungsgesetz, zu dem nur noch eine sachjuristische Debatte über den Mieterschutz geführt wurde, wird

das Gesetz über Mietbeihilfen jetzt nachträglich wieder geändert. Jetzt können die Mietbeihilfen auch gegeben werden, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, falls sie infolge des Wegfalls der Steuervergünstigung steigen. Durch die starre Weigerung des Ministers bei der letztjährigen Beratung war dies nämlich bisher nicht der Fall. Diese Mieterhöhungen, die teilweise recht beträchtlich um 13-15 Prozent herum liegen, sollten nach der damaligen Absicht der Minister von den Mietbeihilfen ausgeschlossen sein. Das hielten der Wohnungsbauminister und die Regierungspartei bisher für sozial und vertretbar.

Trotz der früheren Ablehnung des SPD-Antrages ist nun auch bei der CDU die sachliche Einsicht durchgedrungen. Sie hat den erneuten Vorstellungen der SPD entsprochen. Die Gesetzesänderung ist ohne Regierungsvorlage und durch ein von allen Parteien eingebrachtes Initiativgesetz durchgesetzt worden. Der Wohnungsbauminister konnte dieser sachlich begründeten und sozial notwendigen Regelung nicht mehr widersprechen. Aber Regierung und Wohnungsbauminister hätten diesen Umweg nicht nötig gehabt, wenn sie bereits im vergangenen Jahr den SPD-Anträgen entsprochen hätten.

+ - +

Adenauer - der grosse deutsche Städtebauer

Dass fast alle Redner der CDU und vorantrieben die Bundesminister während der Haushaltsdebatte an irgend einer Stelle eine ganz besonders hervorstechende Huldigung und Lobpreisung für den Bundeskanzler aussprachen, war zu erwarten. Sie sind natürlich daran interessiert, dass Dr. Adenauer im Herbst wieder Kanzler wird. Das ist wichtig für die Machtposition der CDU und - wiederum für die spätere Neuverteilung der Ministersitze.

Am dicksten hat aber wohl auch hier der Wohnungsbauminister aufgetragen. Nach einer Huldigung ist Bundeskanzler Adenauer zu allen Ehren, Doktorwürden, Ämtern und Fähigkeiten hinzu auch noch der "wahrhaft grosse deutsche Städtebauer".

Kann man bei diesem Stil noch lächeln? Das ist zum Weinen und zum Schreien! Es gab einmal den "grössten Feldherrn aller Zeiten", der auch zum "grössten Bauherrn aller Zeiten" gestempelt wurde, bis alles in Schutt und Asche lag. Jetzt haben wir zwar nicht den grössten, aber den "wahrhaft grossen deutschen Städtebauer" - Das Masterbeispiel adenauerischen Städtebaus ist sicher die provisorische Bundeshauptstadt Bonn.

+ - +

- 3 -

Osternmärsche

sp - Die Furcht vor einem möglichen Atomkrieg mit seinen unermesslichen Zerstörungsmöglichkeiten ist kein Privileg einer Gruppe oder einer politisch bestimmten und festgelegten Richtung; sie wird universal geteilt von allen Menschen, die ihre tiefen Sinne bewahrt haben und dunkel ahnen, dass ein ausbrechender Atomkrieg das Ende für viele und schreckliche Qualen für die Überlebenden bedeuten würde. Gerade in diesen Tagen und Wochen wird durch die Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen den Atommächten in Genf erneut der Versuch unternommen, die Zahl der Atomkräfte zu begrenzen, die Einstellung von Atomtests vertraglich zu sichern und ein Kontrollsystem zu erarbeiten, dessen Funktionieren die Berge gegenseitigen Misstrauens langsam abtragen könnte und dann vielleicht zu einem internationalen Klimawechsel führt, in dem Abrüstungsverhandlungen besser gedeihen werden als in den zurückliegenden Jahren. Wenn sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten als die noch entscheidenden Mächte unserer Zeit darüber nicht von sich aus zu einigen vermögen - das liegt wohl in erster Linie an Moskau - keine Demonstrationen wird sie dazu zwingen können und besonders nicht jene Demonstrationen, die für die Ostertage in Gestalt von vier Märschen in der Bundesrepublik geplant sind.

Unter den Initiatoren dieser vier Osternmärsche befinden sich gewiss auch Idealisten, Herzeugte Pazifisten und von ihrem Gewissen gezeichnete Christen, die glauben, durch die Forderung nach einem einseitigen Atomwaffenverzicht des Westens dem Frieden zu dienen. Sie überschauen nur dabei, dass ein einseitiger Verzicht des Westens die Spannungen in der Welt noch vergrößern und die totalitären Mächte des Ostens der Versuchung aussetzen würde, der von den wirksamsten Waffen unterstützt freien Welt ihren Willen aufzuzwingen. Diese Osternmärsche sind kein wirksames Mittel, der Abrüstung näherzukommen. Die sowjetischen Marschälle rühmen sich ihrer Fähigkeit des schnellen Zuschlagens, sie sprachen davon, sie könnten innerhalb von Minuten und Stunden jeden beliebigen Punkt der Erde mit Atongeschossen und -Raketen erreichen. Doch nie ist bekannt geworden, dass etwa die sowjetische Intelligenz oder sowjetische Jugendgruppen von ihrer Regierung und deren Marschällen die Abschaffung der Atomwaffen verlangt hätten! In der Sowjetunion und in den von ihr abhängigen Staaten sind Pazifisten und Friedensfreunde zum Schweigen verurteilt,

27. März 1961

sie dürfen nicht auf die Strasse gehen, und täten sie es, wäre ihnen Gefängnis und Verbannung gewiss.

Sicher entspricht es nicht dem Willen der aufrichtigen Pazifisten, dass sich die kommunistischen Rundfunkredner der "Ostermärsche" anschließen, was wiederum nur ein Zeichen dafür ist, wie zwiespältig diese Märsche wirken. Wie umfassend diese auf die Aufweichung des Westens gerichtete Propaganda ist und welche vielfältigen, wohlgesteuerten Kräfte darin mitwirken, dafür nur ein Beispiel. So will derzeit eine fünfköpfige Delegation des Japanischen Rates gegen Atom- und Wasserstoffbomben (Gensuikyo) in Europa. Ihr Ziel ist es, Unterstützung zu finden für die 7. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben, die im August dieses Jahres in Japan aufgezogen werden soll; auch an der Organisation der Ostermärsche, die ja nicht allein auf die Bundesrepublik beschränkt sind, ist sie beteiligt. Wer sind diese Leute?

1. Führer der Delegation ist ein gewisser Yoichi FUKUSHIMA, ein eingeschriebenes Mitglied der Kommunistischen Partei Japans. Weitere Mitglieder der Delegation sind: Miyoji WIRAGANI, Vorsitzender der kommunistischen Fraktion in der japanischen Lehrgewerkschaft sowie Dr. Fumio AKAIKI von der Hiroshima Universität, Shinzuo WADA von der japanischen CoTV, Senji YAMAGUCHI und ein gewisser SHINCHARA. Alle sind bekannt als krypto-kommunistische anti-westliche Propagandisten.
2. Kaoru OTA, der pro-kommunistische stellvertretende Vorsitzende der japanischen Gewerkschaftsbewegung SOHYO, der erst vor wenigen Monaten durch seine Verbrechererklärungen mit Ulbricht und Wernke Aufsehen erregte, gewährt der GENSUIKYO seine Unterstützung.
3. Die GENSUIKYO erhält grosse finanzielle Unterstützung von Seiten der Sowjets und der Rotchinesen. Das ist in Japan allgemein bekannt. Ein Teil der Reisekosten der jetzt in Europa reisenden Delegation wird von ostzonalen Organisationen bezahlt.
4. Die GENSUIKYO hat sich noch nie gegen die atomare Bewaffnung des Ostblock gewandt - nur gegen die des Westens. Alle ihre grosszügig aufgezogenen Propagandaaktionen richten sich nur gegen den Westen und propagieren die sowjetische These, dass der Sowjetblock für die "totale Abrüstung" ist und dass es der Westen ist, der dies unmöglich macht.
5. Auf Grund dieser Tatsachen kommt die GENSUIKYO in Japan unter immer stärker werdender Kritik - nur die kommunistische Partei steht noch hinter ihr.
6. Die Sozialdemokratische Partei Japans unterläßt deshalb seit letztem Jahr die GENSUIKYO in keiner Weise und hat seitdem Schritte unternommen, eine nicht-kommunistische Bewegung gegen die A- und H-Waffen aufzuziehen.

27. März 1961

7. Die Stadt Hiroshima hat sich von der GENSUUKYO klar distanziert und wird es ihr höchstwahrscheinlich nicht erlauben, die 7. Weltkonferenz gegen A- und H-Waffen in Hiroshima abzuhalten. Dies war auch im Jahre 1960 der Fall, als die Stadt es öffentlich ablehnte, die GENSUUKYO in irgend einer Weise zu unterstützen. Als Grund wurde bekannt gegeben, dass die Stadt es ablehnt, sich für pro-kommunistische Propagandaaktionen ausnutzen zu lassen.
8. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen (weil das höchstwahrscheinlich überhaupt nicht klar ist), dass die jährliche Hiroshima Kundgebung in keiner Weise mit der GENSUUKYO zu tun hat. Es ist bekannt, dass die GENSUUKYO diese Ostermarche zu verschleiern versucht - natürlich mit der Absicht, westliche Persönlichkeiten und Organisationen unter dem Eindruck zu lassen, dass die GENSUUKYO Kundgebung mit der jährlichen Hiroshima Kundgebung identisch ist, um zu erreichen, dass solche Persönlichkeiten und Organisationen der GENSUUKYO ihre Unterstützung geben.

Gewiss denkt die deutsche Sozialdemokratie nicht daran, ihren Kampf um Abrüstung und gegen die Ausweitung des Atomklubs aufzugeben; wer das behauptet, sagt wesentlich die Unwahrheit. Aber sie denkt auch nicht daran, diesen Kampf in Verbindung mit Kräften zu führen, die in eine ganz andere Richtung steuern und damit Frieden und Abrüstung dem schlechtesten Dienen erweisen. Deshalb hat die SPD ihre Mitglieder angewiesen, sich an diesen Ostermärschen nicht zu beteiligen. Für alle Mitglieder und Freunde gilt der Standort der Partei in Hannover bezogen hat. Die deutsche Politik muss sich davon leiten lassen,

- a) nicht auf eine Vermehrung der Zahl der Atomkräfte und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hinzuwirken,
- b) dass die Partner der von der Bundesrepublik eingegangenen Verträge im Rahmen der militärischen Notwendigkeiten auf die besondere Lage Deutschlands (Spaltung) Rücksicht nehmen,
- c) dass das Wettrüsten beendet und durch eine allgemeine, international kontrollierte Abrüstung abgelöst wird.

Viele Teilnehmer an den Ostermärschen mögen es gut meinen, sie mögen glauben, im weltweiten Ringen um Abrüstung und Beseitigung der Atomfurcht auf der richtigen Seite zu stehen; aber sie folgen Strömungen, die, kämen sie zum Zuge, das Gegenteil von alledem bewirkten.

Kongress der französischen Linksozialisten

Auseinandersetzung um Doktrinen

G.M. - Der erste Parteitag der Vereinigten Sozialistischen Linken in Frankreich (PSU), der am vergangenen Wochenende in Clichy bei Paris stattfand, stand im Zeichen innerer Spannungen, deren Überwindung die Voraussetzung für ein wirkungsvolles Auftreten in der französischen Innenpolitik sein könnte. Die Partei war im vergangenen Jahr hervorgegangen aus der Vereinigung der von der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) wegen deren Haltung zur Algerienfrage ausgetretenen Gruppe früherer prominenter SFIO-Mitglieder (Debreux, Savary, Verdier, Daniel Mayer und André Philip), der Gruppe des früheren Ministerpräsidenten Mendès-France, der linkssozialistischen Gruppe unter Führung des früheren Vorsitzenden der kommunistischen Jugend Frankreichs, Martinet, einigen Linkskatholiken, sowie der Gruppe des Herausgebers der Wochenzeitung "Observateur", Claude Bourdet. Generalsekretär der PSU ist der frühere SFIO-Innenminister Debreux.

Die Partei hat jetzt etwa 28 000 Mitglieder, deren unterschiedliche Auffassungen von der Aufgaben einer nichtkommunistischen sozialistischen Bewegung in Frankreich so erheblich sind, dass sie auch auf dem diesjährigen Kongress sichtbar wurden. Eine Mehrheit von 85 Prozent der Delegierten sprach sich unter Führung von Martinet für eine sozialistische Politik aus, die sofort nach der Periode des Regime de Gaulle "ein sozialistisches Frankreich" erkämpfen müsse. Deswegen wird verlangt, schon jetzt gesellschaftlich, ökonomisch und auch aussenpolitisch eine Politik zu propagieren, die den französischen Arbeitern zeigt, dass alle innen- und aussenpolitischen Schwierigkeiten Frankreichs "nur durch den Sozialismus überwunden" werden können. Darunter versteht man die Sozialisierung der Schwerindustrie und des Bankwesens, eine umfassende Erneuerung der Agrarstruktur, die strikte Trennung von Kirche und Staat, die Herausführung Frankreichs aus der militärischen Blockpolitik und die Schaffung einer entmilitarisierten Zone in Mitteleuropa. Hierbei beruft man sich ausdrücklich auf den Rapacki-Plan. Im Augenblick fordert die Parteimehrheit Fortsetzung des Kampfes für die sofortige Beendigung des Algerienkrieges und die Bestrafung der Schuldigen an den Grausamkeiten in Algerien.

Innenpolitisch will sich die Partei auf gemeinsame Aktionen sowohl mit den kommunistischen wie auch sozialdemokratischen Arbeitern und allen Gewerkschaften vorbereiten und hierbei nicht nur aktuelle Anlässe zum Gegenstand solcher Aktionen machen, sondern auch die Diskussion über die Vereinigung aller Linkgruppen vorbereiten und vertiefen. Dieser Teil der PSU-Politik wird zusammengefasst unter dem Motto: "Sozialistische Front".

Die Minderheit (etwa 15 Prozent der Delegierten) unter Führung von André Philip und den Freunden von Mendès-France, der selbst nicht am Kongress teilnahm, befürchtet, dass durch die Proklamierung der von der Mehrheit angenommenen Grundsätze nur diejenigen Wählerschichten zu erfassen sind, die sich schon heute als überzeugte Sozialisten fühlen. Die Minderheit forderte daher ein Grundsatzprogramm, in dem zwar auch die Aktionseinheit aller linken Gruppen befürwortet wird, das aber die Möglichkeit bietet, Bevölkerungsschichten anzusprechen, die zwar eine undogmatische Politik der Linken befürworten, aber nicht bereit sind, ihr politisches Wollen in eine doktrinaire Form pressen zu lassen.

Ein Parteivorstand wurde - wohl wegen der dargestellten inneren Spannungen - auf dem Kongress selbst nicht gewählt. Diese Aufgabe bleibt dem aus 55 Mitgliedern bestehenden und auf dem Kongress gewählten "Nationalrat" überlassen. Dem "Nationalrat" gehören 22 ehemalige Mitglieder der Union der Sozialistischen Linken (Martinet), 20 Mitglieder der ehemaligen Autonomen Sozialistischen Partei (Depreux), die sich zur Mehrheitsentscheidung bekannt hatten, und 4 Persönlichkeiten an, die früher entweder Kommunisten waren oder der kommunistischen Partei nahestanden. Ausserdem wurden 9 Delegierte der Minorität (André Philip) gewählt. Inwieweit unter den 23 ehemaligen "Autonomen" eine Neigung besteht, der Minorität grössere Handlungsfreiheit einzuräumen, ist noch nicht überschaubar. Man kann jedoch damit rechnen, dass Depreux Generalsekretär bleibt; auf dem Kongress selbst hatte er sich kaum zu der einen oder anderen Auffassung konkret geäussert.

Unter den ausländischen Gästen fielen besonders eine offizielle Delegation der Jugoslawen und der Vorsitzende der neugegründeten dänischen Linkspartei, der frühere KP-Führer Dänemarks, Axel Larsen, auf. Ausserdem waren auf dem Kongress als offizielle Delegationen die NARAK-Partei aus Israel sowie die "Union de Force Populaire" aus Marokko vertreten. Andere sozialistische Parteien hatten lediglich Beobachter entsandt. Die Parteien der kommunistischen Ostblockstaaten waren nicht vertreten.

Die französische Presse aller politischer Schattierungen hat über den Verlauf des Kongresses ausführlich berichtet, woraus zu schliessen ist, dass man in der französischen Öffentlichkeit der weiteren Entwicklung der PSU starke Aufmerksamkeit widmet. Die kommunistische Presse liess eine gewisse Beunruhigung erkennen, da in der PSU einige Gruppen besonders in den von den Kommunisten gelenkten Gewerkschaften aktiv sind und dort die Abhängigkeit der französischen Gewerkschaftsbewegung von der kommunistischen Politik mit einem gewissen Erfolg bekämpfen.

Balkan bleibt im Kreuzfeuer der Interessen

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Das Tauziehen der Grossmächte um Schlüsselpositionen und nachhaltigen Einfluss auf dem Balkan geht weiter. Die berichtigte Orientfrage, die die Diplomatie des Abendlands zwei Jahrhunderte lang nicht zur Ruhe kommen liess, stellt sich nach wie vor - wenn auch unter anderen Vorzeichen und Gegebenheiten - als akutes Problem. Seit ungefähr einem Jahr nebst neben den rivalisierenden Weltmächten USA und Sowjetunion auch Rotchina gleichberechtigte Interessen an. Das Mosaik der politischen Konstellation der Balkanvölker zeigt scharfe Kontraste: Griechenland und die Türkei gehören zum Westen, Bulgarien und Rumänien gehören fast zum kommunistischen Block, während Jugoslawien sich um einen neutralen Kurs bemüht. Albanien dagegen ist inzwischen zur gesinnungstreuen und zuverlässigen Konklave Pekings geworden.

In dieser Perspektive erscheinen die Bemühungen Rumäniens vor der UNO, den gesamten Balkan in eine atomwaffenfreie Zone umzuwandeln, in einem anderen Licht. Seit Sommer 1957 bemüht sich der rumänische Ministerpräsident Stoika um das Zustandekommen einer sogenannten Balkankonferenz. Ziel: der Plan des polnischen Aussenminister Rapacki soll auf die Balkanverhältnisse umgemünzt werden. Immer wieder würde das Vorhaben in den verschiedensten Versionen laut, doch dürfte die Aktualität der rumänischen Vorschläge durch die erneut angelaufenen Gespräche der Senfor-Atomkommission eingeschränkt sein. Was nützen territorial begrenzte Abmachungen bedingt unabhängiger Staaten, wenn der gesamte Fragenkomplex bis ins Detail auf höchster Ebene ausgehandelt wird. Als Reaktion auf den rumänischen Druck an der UNO wurde in politischen Kreisen Athens die Ansicht geäussert, dies sei vielleicht eine Gelegenheit, die Fragen der Basen auf dem Balkan einmal grundsätzlich zu erörtern. Man könnte in diesem Zusammenhang den lauten Befürwortern der "Friedensoffensive" klare Fragen stellen, und so die Ruhe und Sicherheit auf dem Balkan fördern.

Erst neuerdings wurde bekannt, dass im Mai 1958 zwischen der Sowjetunion und Rumänien ein Vertrag abgeschlossen wurde, der es den Sowjets gestattet, die Basen, welche 1954 in den Karpaten errichtet wurden, aufrecht zu erhalten. Obwohl als Folge sich die russischen Streitkräfte aus Rumänien zurückziehen sollten, sind an der Front, in der Umgebung von Galatz und in der Prachowastene mindestens zwei sowjetische Divisionen stationiert. Nicht zu vergessen sind die Militärflugplätze, wobei der wichtigste, der Popasti-Leordeni in der Nähe von Bukarest, ausschliesslich für die

27. März 1961

sowjetische Luftwaffe reserviert ist. Eine Diskussion über die Wehrpositionen hätte also nicht unbedingt einen schlechten Ausgangspunkt für den Westen gehabt.

Das Ausscheren Albanien aus dem natürlichen Balkanverband macht allerdings solche Bemerkungen von vornherein fragwürdig. Die Anschuldigungen bevor Chevras, des Generalsekretärs der albanischen KP, auf dem letzten Kongress seiner Partei in Tirana, gegen die "griechischen Imperialisten" und die "jugoslawischen Revisionisten", die angeblich Albanien unter sich aufzuteilen wollten, wurde zwar nicht von der Presse der Sowjetunion und der übrigen Ostblockstaaten aufgegriffen, wohl aber von Peking.

Damit ist auch diese an sich interne Angelegenheit aus dem Kompetenzbereich der unmittelbar verantwortlichen Politiker herausgerissen. Auch diese Seite des Balkanproblems wird ein wichtiger Punkt im weiteren Dialog zwischen Ost und West sein müssen - und zwar von Grund auf!

+ + +

Athener Zeitung klagt an

B.K. - Der Herausgeber der Athener Tageszeitung "Eleftheria", Panos Kokkas, ist in Bonn eingetroffen, um mit seinen Deutschlandkorrespondenten die Interessen seines Blattes gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu wahren. Herr Kokkas wird gegen die Frankfurter Zeitung eine Strafanzeige bei der deutschen Justiz anstrengen. Vor kurzen hatte diese in einem Beitrag ihres Athener Korrespondenten Karl Kerber der "Eleftheria", die als Organ der griechischen bürgerlichen Opposition gilt, den Empfang von "Subsidien aus der Regierungskasse in Athen" unterstellt. Die griechische Zeitung konnte diese innenpolitische Diskriminierung, die durch die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" eine internationale Resonanz fand, nicht auf sich beruhen lassen. Dies umso weniger, da das Prestige der Zeitung in diesem Fall in abträglicher Weise mit ungeklärten politischen Fragen, die mit der berüchtigten Mertenaffäre zusammenhängen, gekoppelt wurde.

Der Prozess hat nicht nur einen politischen Akzent, er wird auch für die Rechtsprechung beider Länder von Interesse sein. Die "Eleftheria", die seit Jahren als einzige griechische Zeitung einen ständigen Korrespondenten in der Bundesrepublik hat, spielte bisher eine nicht unbedeutende Rolle für die deutsch-griechischen Beziehungen. Nicht zuletzt deshalb ist der Herausgeber an einer baldigen Klärung der Angelegenheit interessiert, damit er dieses Anliegen ungehindert fördern kann.

+ + +